

441 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

**Einspruch des Bundesrates
gegen den Gesetzesbeschuß des Nationalrates
vom 17. Oktober 1984 betreffend ein Bundes-
gesetz, mit dem das Bauern-Sozialversiche-
rungsgesetz geändert wird (8. Novelle zum
Bauern-Sozialversicherungsgesetz)**

REPUBLIC ÖSTERREICH
DER VORSITZENDE DES BUNDES RATES
Zl. 152/2-BR/84

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den
Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 17. Oktober
1984 betreffend ein

Bundesgesetz, mit dem das Bauern-Sozialversi-
cherungsgesetz geändert wird (8. Novelle zum
Bauern-Sozialversicherungsgesetz),
in Verhandlung genommen und beschlossen, gegen
diesen Gesetzesbeschuß mit der angeschlossenen
Begründung Einspruch zu erheben.

Hievon beeubre ich mich im Sinne des Art. 42
Abs. 3 B-VG die Mitteilung zu machen.

Unter einem wird der Einspruch des Bundesrates
auch dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis
gebracht.

25. Oktober 1984

Dkfm. Dr. Frauscher

%

**Begründung
des Einspruches des Bundesrates vom
25. Oktober 1984 betreffend den Gesetzesbe-
schluß des Nationalrates vom 17. Oktober
1984 über ein Bundesgesetz, mit dem das Bauern-
Sozialversicherungsgesetz geändert wird
(8. Novelle zum Bauern-Sozialversicherungs-
gesetz)**

Die 8. Novelle zum Bauern-Sozialversicherungs-
gesetz gehört zum sozialistischen Pensionsbelas-
tungspaket.

Dies bedeutet

- Erhöhung des Pensionsbeitrages um ein halb-
bes Prozent auf 12,5%, gleichzeitig wird auch
die Abgabe von land- und forstwirtschaftli-
chen Betrieben erhöht sowie Umschichtung
von 60 Millionen Schilling aus den Über-
schüssen der bäuerlichen Unfallversicherung
zur Pensionsversicherung,
- Pensionskürzungen bei bestehenden Pensi-
onen durch eine Verschlechterung der Pen-
sionsdynamik ab 1986 (durch die Berücksich-
tigung der Arbeitslosigkeit),
- Benachteiligung von Frauen mit Kindern
(durch den Wegfall des Grundbetrages bei
der Pensionsbemessung),
- keine Förderung der Eigenvorsorge.

Trotz eingehender Bemühungen der Österreichi-
schen Volkspartei waren SPÖ und FPÖ im Zuge

der Beratungen im Nationalrat über die 8. Novelle
zum Bauern-Sozialversicherungsgesetz nicht bereit,
von der grundsätzlich falschen Philosophie der
Belastungen und der Kürzungen abzugehen. Das
jetzt vorliegende Pensionsbelastungspaket bringt
keine langfristige Sicherung der Pensionen, son-
dern lediglich eine kurzfristige Entlastung des
Staatshaushaltes.

Die Österreichische Volkspartei stellt der Bela-
stungspolitik der Regierung Sinowatz/Steger ihr
Konzept einer offensiven Wirtschaftspolitik gegen-
über, das darauf abzielt, die Arbeitslosigkeit zu sen-
ken, das Budget zu sanieren, zwangsweise Penso-
nierungen zu vermeiden und die Pensionen langfris-
tig zu sichern.

Mittel- und langfristig können Pensionen nur
unter zwei Voraussetzungen finanziert werden:

- Durch eine wirtschaftspolitische Wachstums-
strategie, weil Arbeitslose keine Pensionsbei-
träge zahlen;
- durch ein rigoros Sparprogramm im Staats-
haushalt, weil das Geld, das heute für Ver-
schwendungsprojekte ausgegeben wird, bes-
ser eingesetzt werden muß.

Aus all diesen Gründen erhebt der Bundesrat
gegen den im Titel zitierten Gesetzesbeschuß des
Nationalrates Einspruch.